

Gegen Krieg und für Krankenhäuser

Ungefähr 200 Menschen nahmen am Ostermarsch teil und hörten dabei von der Kritik an einer „Militarisierung“ auch vor Schulen



Nach der Kundgebung auf dem Martin-Luther-Platz zogen die Teilnehmer am Ostermarsch weiter – einmal um die Altstadt. Foto: Alexander Biernoth

VON ALEXANDER BIERNOTH

ANSBACH – Die Kritik an der Aufrüstung der Bundeswehr und an der Unterstützung der Ukraine in der Verteidigung gegen Russland sowie die Krise des Gesundheitssystems standen im Zentrum der Ansprache beim Ostermarsch in Ansbach. Am Samstagnachmittag waren nach Veranstalterangaben rund 200 Menschen dem Aufruf der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt’s“ gefolgt.

Die Teilnehmer kamen zur Kundgebung auf den Martin-Luther-Platz. Der Ostermarsch stand unter der Fragestellung „Wer zahlt für den Krieg?“. Boris-André Meyer von der BI sagte bei der Kundgebung, für ihn sei „Kriegstüchtigkeit“ das Unwort des Jahres. Er kritisierte, dass die Militarisierung auch vor Schulen nicht Halt machen solle. Er appellierte: „Hände weg von unseren Kindern!“

Nach Ansicht von Meyer machen die Regierenden seit vielen Monaten eine Außenpolitik gegen den Mehrheitswillen. Die Bevölkerung lehne „in großer und stabiler Mehrheit die maßlosen Waffenlieferungen“ an die Ukraine ab. Dies mache ihn stolz auf seine Mitbürger, so Meyer. Immer mehr Waffen würden der Bevölkerung in der Ukraine nicht helfen, so seine Einschätzung.

Die Ukrainer wollten in der Mehrheit nicht kämpfen und „der aussichtslose Krieg muss beendet werden“, sagte er. 2023 wurden bisher, so Meyer, mehr als 32 Milliarden Euro an die Ukraine überwiesen, „während jedes fünfte Kind hierzulande in Armut lebt“.

Weil so viel Geld in die Rüstung und den Krieg in der Ukraine investiert werde, führte Boris-André Meyer aus, fehle den Kommunen das Geld, um Schulen zu sanieren oder das Gesundheitswesen zu stabilisieren. Meyer forderte analog zum Sondervermögen für die Bundeswehr auch ein solches für Kultur, Bildung, Gesundheit und Soziales. „Wir brauchen Friedenstüchtigkeit statt Kriegsblindheit“, so Meyer.

Die Friedensfahne soll am Rathaus hängen

Mit so einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro ähnlich dem für die Bundeswehr ließen sich die „Defizite aller Krankenhäuser der Republik für rund 20 Jahre“ decken. Auch an der Aufrüstung der US-Armee in Ansbach sei der deutsche Steuerzahler beteiligt.

Mit Blick auf die Fahnen Israels und der Ukraine am Ansbacher Rathaus forderte er, die Friedensfahne aufzuhängen. Und er forderte Ansbachs Oberbürgermeister Thomas Deffner dazu auf, wieder der Bürgerallianz für den Frieden beizutreten

Der Vorsitzende des Bündnisses für Familie in Neuendettelsau, Eckard Dürr, berichtete vom Kampf um den Erhalt des Krankenhauses in Neuendettelsau. Dieser sei verloren worden, ob wohl das Defizit nur gut 13.000 Euro pro Jahr und Bett betrug. Bei ANregiomed sei, so Dürr, dieses Defizit mehr als dreimal so hoch.

Durch die Schließung des Krankenhauses in Neuendettelsau und die drohende Schließung der Krankenhäuser in Rothenburg und Dinkelsbühl würden, erklärte Dürr, die Rettungswege auf dem Land immer länger. Er drückte die Befürchtung aus, dass durch die Krankenhausreform der Bundesregierung noch weitere Krankenhäuser schließen müssen. Er forderte auch eine gemeinsame Krankenversicherung für alle Arbeitnehmer.

Kein anderer Weg als das Einfrieren

Margit Schramm-Brunner, die Personalratsvorsitzende der Bezirkskliniken Mittelfranken, unterstrich die Befürchtungen Dürrs. Sie forderte eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser und eine Rückführung privatisierter Häuser in kommunale Trägerschaft. Für die Sicherheit der Bürger, so Schramm-Brunner, „brauchen wir ein wohnortnahes Gesundheitssystem“.

Der pensionierte evangelische Pfarrer Hans Löhr stellte klar, dass Christsein und Pazifismus zusammengehörten. Mit Blick auf den Konflikt in der Ukraine sagte er, es müsse in erster Linie um die Menschen gehen. Seiner Meinung nach gebe es keinen anderen Weg, als den Krieg einzufrieren.

Beide Seiten seien in der Pflicht, die Kämpfe einzustellen und mit Verhandlungen zu beginnen. Die Kriegsrhetorik müsse aufhören, so Löhr. Für ihn ist klar, dass der Krieg in der Ukraine nur am Verhandlungstisch beendet werden könne. Nach der Kundgebung zogen die Teilnehmenden über den Johann-Sebastian-Bach-Platz, die Promenade, die Schalkhäuser Straße und Kronacherstraße einmal um die Altstadt.
